

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einführung	1
I. Darstellung der Ausgangslage: Das hochschuleigene Auswahlverfahren im hochschulpolitischen Kontext	1
II. Problemstellung: Reform der Hochschulzulassung im Lichte des Wandels der bestehenden Rahmenbedingungen	4
III. Gang der Untersuchung	7
Kapitel 1: Rechtsgrundlagen des hochschuleigenen Auswahlverfahrens im gestuften System	9
I. Herkunft, Einordnung und Ansiedlung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens	9
1. Entstehungsgeschichte des hochschuleigenen Auswahlrechts	9
2. Sinn und Zweck eines verstärkten hochschulinternen Auswahlprozesses durch die Hochschulen	12
3. Untersuchungsbezogene Bestimmung von Begrifflichkeiten	14
(1) Hochschulzulassung, Zulassungsverfahren, Zulassungsrecht	14
(2) Zulassungsbeschränkung, Numerus-clausus (NC), Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS)	15
(3) Auswahlverfahren und hochschuleigenes Auswahlverfahren	17
(4) Immatrikulation und Immatrikulationsverfahren	18
(5) Studieninteressierte, Studienbewerberinnen und Studienbewerber und Studierende sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Auswahlverfahren	19
(6) Hochschulen	20
(7) Bachelor- und Masterstudiengänge	20
(8) Gestuftes Studiensystem	21

II. Das hochschuleigene Auswahlverfahren nach geltendem Recht	21
1. Kompetenzen im Bereich der Gesetzgebungszuständigkeiten	21
2. Neuere Tendenzen zur Regelung des Hochschulzugangs	24
3. Vertragliche Rechtsbeziehungen	25
4. Bundesgesetzliche Rechtsgrundlagen	29
(1) Grad der Qualifikation i.S.d. § 27 Abs. 1 Satz 1 HRG; § 32 Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 lit. a) HRG	31
(2) Gewichtete Einzelnoten der Qualifikation nach § 27 Abs. 1 Satz 1 HRG, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben; § 32 Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 lit. b) HRG	32
(3) Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests; § 32 Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 lit. c) HRG	32
(4) Art der Berufsausbildung oder Berufstätigkeit; § 32 Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 lit. d) HRG	32
(5) Ergebnis eines von der Hochschule durchzuführenden Gesprächs mit den Bewerberinnen und Bewerbern, das Aufschluss über die Motivation der Bewerberin oder des Bewerbers und über die Identifikation mit dem gewählten Studium und dem angestrebten Beruf geben sowie zur Vermeidung von Fehlvorstellungen über die Anforderungen des Studiums dienen soll; § 32 Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 lit. e) HRG	33
(6) Auf Grund einer Verbindung der Maßstäbe nach den Buchstaben a) bis e); § 32 Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 lit. f) HRG	33
(7) Verfahrensbesonderheiten	33
(8) Abgrenzung zum Auswahlkriterium Wartezeit des gesetzlichen Auswahlverfahrens; § 32 Abs. 3 Nr. 2 HRG	34
(9) Verhältnis der genannten Regelkriterien zueinander	35
5. Regelungen der hochschuleigenen Auswahl durch Hochschulzulassungsgesetze der Bundesländer	35
(1) Grad der Qualifikation	37
(2) Gewichtete Einzelnoten der Qualifikation, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben	37
(3) Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests	38
(4) Art der Berufsausbildung oder Berufstätigkeit	38
(5) Ergebnis eines von der Hochschule durchzuführenden Gesprächs mit den Bewerberinnen und Bewerbern, das Aufschluss über die Motivation der Bewerberin oder des Bewerbers und über die Identifikation mit dem gewählten Studium und dem angestrebten Beruf geben sowie zur Vermeidung von Fehlvorstellungen über die Anforderungen des Studiums dienen soll	38

(6) Kombinatorik der Länderregelungen	39
(7) Verfahrensbesonderheiten	39
(8) Verhältnis der Kriterien zueinander	40
(9) Zusätzliche Auswahlmechanismen der Bundesländer	40
6. Rechtliche Vorgaben für die hochschuleigene Auswahl in Deutschland durch die Bologna-Reform	41
(1) Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland (KMK)	41
(2) Hochschulrektorenkonferenz (HRK)	42
III. Differenzierte hochschuleigene Auswahl bei Bachelor- und Masterstudiengängen: Vorbetrachtungen	43
1. Anwendbare Rechtsgrundlagen	43
2. Zulassung zu Masterstudiengängen	45
 Kapitel 2: Anforderungen an die Rechtmäßigkeit der hochschuleigenen Auswahl der Hochschulen	49
I. Satzung zur Ausgestaltung der hochschuleigenen Auswahl durch die Hochschule	49
1. Vorschlag für die Gestaltung einer Rahmenregelung zur Ausgestaltung der hochschuleigenen Auswahl: Muster-Template – Eine Orientierungshilfe	50
(1) Überblick zum Schema	50
(2) Einzelbestimmungen	51
2. Rechtmäßigkeit der hochschuleigenen Auswahlsetzung	54
(1) Diskussion der formellen Rechtmäßigkeit bei Erlass der Satzung zur Ausgestaltung der hochschuleigenen Auswahl	54
a. Zuständigkeit – Umfang des Selbstverwaltungsrechts der Hochschulen bei der Gestaltung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens	54
aa. Der Einfluss des Nachhaltigkeitsprinzips auf die Autonomie der hochschuleigenen Auswahl	60
bb. Argumente der Reformbestrebung	61
cc. Bologna-Vorgaben für die Differenzierung der hochschuleigenen Auswahl der Hochschulen	62
dd. Einfluss der veränderten rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen	63
ee. Verfassungsrechtliche Aspekte im Hinblick auf eine hochschulautonome Auswahl	64
ff. Zusammenfassung	71

b. Verfahren	75
c. Form	77
(2) Materielle Rechtmäßigkeitsüberlegungen hinsichtlich der Gestaltung einer Satzung zur Ausgestaltung der hochschuleigenen Auswahl	77
a. Satzungsautonomie	78
b. Verfahrensrechtliche Besonderheiten der Ermächtigungsgrundlagen – Hochschulzulassungsgesetze der Bundesländer	78
aa. § 8 Abs. 3 Satz 7 bzw. § 10 Abs. 2 Satz 7 BerlHZG (BE)	79
bb. (1) § 4 Abs. 3 Satz 4 (MV)	79
bb. (2) § 10 Nr. 4 SächsHZG (SN)	79
bb. (3) § 5 Abs. 8 NHZG (NI)	79
bb. (4) § 8a BerlHZG (BE)	80
cc. § 2 a Abs. 2 HZG (SH)	80
dd. § 8 Abs. 3 Satz 4 HSchVVV (BY) bzw. § 10 Abs. 5 Nr. 1 ThürVVO (TH)	80
c. Rechtmäßigkeit der Ermächtigungsgrundlage	80
aa. Diskriminierungsverbot (vgl. b.aa. dieses Abschnitts)	81
bb. Förderung erziehungsberechtigter/betreuender/ pflegender Personen (vgl. b.bb. (1) bis (4) dieses Abschnitts)	81
cc. Satzungsbefugnis (vgl. b.cc. dieses Abschnitts)	83
dd. Ausschlussregelung(en) (vgl. b.dd. dieses Abschnitts) ...	84
d. Rechtsentwicklung: Konsequenzen der richterlichen Prüfung von hochschuleigenen Auswahlverfahren am Beispiel ausgewählter Entscheidungen	86
II. Rechtmäßigkeit der Auswahlkriterien	91
1. Zulassungsbeschränkungen	92
2. Auswahlkriterien und Grundsätze von Auswahlverfahren deutscher Hochschulen	94
(1) Auswahlkriterien der zentralen Auswahlverfahren	94
a. Grad der Qualifikation, entsprechend dem Durchschnitt der Hochschulzugangsberechtigung und Einzelnoten der Hochschulzugangsberechtigung, die Rückschlüsse auf die Eignung für den angestrebten Studiengang ermöglichen ...	95
b. Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests	103

c. Art der Berufsausbildung oder Berufstätigkeit:	
Berufliche Praxis	109
d. Ergebnis eines von der Hochschule durchzuführenden	
Gesprächs mit den Bewerberinnen und Bewerbern, das	
Aufschluss über die Motivation der Bewerberin oder	
des Bewerbers und über die Identifikation mit dem	
gewählten Studium und dem angestrebten Beruf gibt	
sowie zur Vermeidung von Fehlvorstellungen über die	
Anforderungen des Studiums dienen soll	113
aa. Formelle Anforderungen der Handreichungen der	
HRK	115
bb. Materielle Anforderungen der Handreichungen der	
HRK	115
cc. Umfang der Rechtmäßigkeitskontrolle	116
dd. Anfechtungsgründe	117
ee. Diskussionsstand der Rechtmäßigkeitsuntersuchungen	
zum Auswahlgespräch	121
ff. Abschließende Stellungnahme	122
e. Verbindung bzw. Kombination von Auswahlkriterien	124
(2) Auswahlkriterien der örtlichen Auswahlverfahren	125
a. Außerschulisch erworbene Kompetenzen	125
b. Interkulturelle Aspekte: Migrationshintergrund	128
c. Sonstige Motivations- oder Leistungserhebungen	133
d. Praxisbezogene Kompetenzen	136
(3) Stellungnahme	138
a. Zentrale Auswahlkriterien	138
b. Örtliche Auswahlkriterien	139
c. Ergebnis	139
(4) Sonderfälle	140
a. Kapazitätsprozess	140
b. Die negative Auswahlentscheidung	143